



<b>Antrag</b>	Datum	Nummer
Öffentlich	11.10.2012	2300/12
Absender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Rathaus 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Rathaus 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	20.11.2012	
Schulausschuss	16.11.2012	
Sportausschuss	15.11.2012	
Verwaltungsausschuss	13.11.2012	
Finanz- und Personalausschuss	12.11.2012	
Betreff <b>Schwimmen in Braunschweig</b>		

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:

**Erstens:** Die Verwaltung wird beauftragt, eine aktuelle Analyse über den Bedarf an Freibädern sowie Hallenbädern in Braunschweig vorzunehmen. Hierfür sind folgende Fragen zu klären:

- In welchem Maße nutzen zurzeit Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger die Frei- und Hallenbäder in Braunschweig und der Region?
- Wie ist die Versorgung mit Schwimmbädern und Wasserfläche bezogen auf die EinwohnerInnenzahl in Braunschweig und wie in vergleichbaren Großstädten?
- Welcher Bedarf ergibt sich aus einer repräsentativen Befragung der BraunschweigerInnen?
- Wie ist die Prognose des Bedarfs im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung und den aktuellen Trends?
- Wie hoch ist der Bedarf der Schulen in Braunschweig an Bahnstunden nach dem Curriculum des Landes Niedersachsen und wie wird dieser Bedarf zurzeit befriedigt?
- Welche Ursachen liegen für Differenzen zwischen Curriculum und Realität vor?
- Wie sind die An- und Abfahrtszeiten der Schulen für den Schwimmunterricht im Detail (bei Umsetzung des Ratsbeschlusses von 2007)?

Teilergebnisse dieser Analyse sollen den Gremien sofort mitgeteilt werden, sobald sie vorliegen. Der Abschlussbericht muss rechtzeitig vor Schließung auch nur eines Bades den Gremien zugehen - dabei ist ausreichend Beratungszeit in den Fraktionen und Gremien einzurechnen. Sollte sich die Analyse länger hinziehen, ist der Ratsbeschluss von 2007 in Bezug auf die

Schließung der vier Bäder (Gliesmarode, Nord, Wenden und Waggum) für diese Zeit auszusetzen. Solange der Bericht nicht vorliegt, sind alle Aktivitäten zu unterlassen, die einer möglichen Zukunftsperspektive auch nur eines der Bäder im Weg stehen.

**Zweitens:** Die Verwaltung wird darüber hinaus aufgefordert, bis zur nächsten Ratssitzung eine detaillierte Aufstellung der für eine Sanierung des Schwimmbads Waggum erforderlichen Maßnahmen und ihrer Kosten vorzulegen. Außerdem sind die zukünftigen Betriebskosten für den Fall des Weiterbetriebs detailliert aufzulisten und dem Rat mitzuteilen. Hierbei sollen Alternativen des Betriebs (mit zeitlichen Beschränkungen, Sicherstellung der Aufsicht durch ehrenamtliche MitarbeiterInnen in unterschiedlichem Umfang, Betrieb in Verantwortung - aber nicht auf Kosten - des Fördervereins) betrachtet und mit dem Förderverein abgestimmt werden.

Begründung:

Aufgrund des voranschreitenden Baus des neuen Freizeit- und Erlebnisbads und dessen Eröffnung im kommenden Jahr wird nun auch der Teil des Ratsbeschlusses von 2007 aktuell, der die Schließung der drei Hallenbäder Gliesmarode, Nordbad und Wendener Bad sowie des Freibads in Waggum beinhaltet. Im Zusammenhang mit dem Beschluss vor fünf Jahren wurde auch auf das Bäderkonzept von 1996 Bezug genommen, in dem zunächst neben den drei Schwerpunktbädern (Sport, Gesundheit, Freizeit) auch die Ortsteilbäder enthalten waren. Mit dem Ratsbeschluss von 2007 wurde vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kostenbegrenzung für das Schwimmen in Braunschweig der Bau des neuen Freizeitbades in Verbindung mit der Schließung der stark modernisierungsbedürftigen Bäder beschlossen. In der Bevölkerung und auch im Rat war diese Entscheidung zu Recht schon sehr umstritten.

In Folge der beharrlichen Aktivitäten in Waggum scheint die alte Mehrheit für den Ratsbeschluss von 2007 aus CDU, SPD und FDP nicht mehr zu bestehen. Die SPD hat sich entschieden, dass das Freibad in Waggum renoviert und weiterhin betrieben werden solle. Dies eröffnet erfreulicherweise die Möglichkeit, den Beschluss von 2007 und die aktuelle Schwimmbadsituation in Braunschweig zu überprüfen und entsprechend dem Bedarf anzupassen. Leider scheint die Fokussierung der SPD auf das Waggumer Freibad, das bislang nur eine sehr begrenzte BesucherInnenzahl zu verzeichnen hat, eher eine Konzession an die protestierenden WaggumerInnen zu sein als eine sachlich abgewogene Entscheidung über die Bäderlandschaft in Braunschweig. Bei allem Verständnis für Forderungen und Wünsche der Bürger vor Ort, muss jedoch immer das tatsächliche gesamtstädtische Interesse Maßstab für Ratsentscheidungen sein. Wenn nun aber eine erhebliche Summe in ein Freibad investiert werden soll, dann ist zunächst zu prüfen, wo und wie das für alle BürgerInnen der Stadt optimal geschehen kann. Auf der anderen Seite muss beim Standort Waggum anerkannt werden, dass das dortige Freibad mit seinen Begleitaktivitäten großes bürgerschaftliches Engagement hervorgerufen hat. Um auszuloten, wie dieses Engagement bei einem zukünftig möglichen Betreibermodell berücksichtigt werden könnte, müssen schnell entsprechende Gespräche geführt werden. Zudem sind den städtischen Gremien alle notwendigen Zahlen auf den Tisch zu legen.

In dem Zusammenhang ist eben auch zu klären, welcher Bedarf für das Schwimmen und Baden in Braunschweig aktuell und in der Zukunft besteht und wie dieser Bedarf am Besten gedeckt werden kann. Bisher liegen dem Rat keine verlässlichen Informationen vor, die eine aktualisierte sachgerechte Entscheidung über die Braunschweiger Bäderlandschaft ermöglichen würden. So weiß z.B. weder die Verwaltung noch die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH konkret, wie der Schwimmunterricht der Schulen abgewickelt wird, welcher Aufwand für Fahrten entsteht und inwieweit der Bau von Lehrschwimmbekken an Schulen hier eine kostengünstige und wesentliche Erleichterung bringen kann. Solche Becken könnten außerhalb der Schulzeiten auch von Vereinen oder für therapeutisches Baden genutzt werden. Nicht ganz unwesentlich ist dabei, dass für Schwimmbekken unter 1,35 m Wassertiefe das Land Niedersachsen lediglich das Freischwimmerzeugnis als Anforderung an Schwimmlehrer verlangt, während die Stadtbad Braunschweig GmbH in den bestehenden Becken das wiederholt abgelegte silberne Rettungsschwimmerabzeichen fordert.

gez. Holger Herlitschke, Fraktionsvorsitzender